

Raus aus den Kartoffeln

Agrarministerin Ilse Aigner verteidigt im Bundestag ihr Gentechnikverbot - gegen die eigenen Leute. Die Opposition feixt. Nun muss Aigner auch noch über die Genkartoffel entscheiden

Nikolai Fichtner

Normalerweise ist eine Aktuelle Stunde zu Meinungsverschiedenheiten in der Bundesregierung eines der primitivsten Mittel der Opposition", sagt Ulrich Kelber, SPD-Fraktionsvize, und schaut streng in Richtung Grünen-Fraktion. Dann lächelt er spöttisch: Aber "in diesem Fall" treffe es den Kern - die SPD sei klar gegen die Gentechnik, die CDU klar dafür. Aber beim dritten Partner, der CSU, wisse man es einfach nicht.

Daran kann auch der Auftritt von CSU-Agrarministerin Ilse Aigner im Bundestag nichts ändern. Sie hat sich eine Einerseits-Andererseits-Rede aufschreiben lassen. Aigner liest leise und leidenschaftslos, bekennt sich erst zum Forschungsstandort Deutschland (Applaus: CDU) und sagt dann, der Schutz von Mensch und Umwelt müsse "an vorderster Stelle stehen" (Applaus: SPD). Am Ende sagt sie: "Wir können nicht alles tun, aber wir tun, was wir können." Da klatscht fast niemand, weil keiner weiß, was sie gemeint haben könnte.

In der vergangenen Woche hat Aigner den Anbau des Genmais "Mon 810" der Firma Monsanto in Deutschland verboten. In wenigen Tagen muss sie entscheiden, ob BASF die gentechnisch veränderte Kartoffel "Amflora" in Feldversuchen anbauen darf. Das Fatale für Aigner: Egal, was sie macht, sie kann eigentlich nur verlieren - so vielfältig sind die Probleme.

Da ist Problem Nummer eins, das Verwaltungsgericht Braunschweig. Dort hat Monsanto Klage gegen die Bundesregierung eingereicht, weil das Unternehmen Aigners Entscheidung für willkürlich und nicht wissenschaftlich untermauert hält. Aigner darf daher jetzt nicht den Eindruck erwecken, als hätten andere als nur fachliche Gründe eine Rolle gespielt. Jubelnde Parteifreunde aus Bayern sind da keine Hilfe. In der Unionsfraktion rechnen einige damit, dass Aigner vor Gericht verliert: "Dann stehen die, die jetzt jubeln, ganz doof da."

Problem zwei ist Aigners eigene Vergangenheit. Bevor sie Agrarministerin wurde, hat sie sich als Forschungspolitikerin für die grüne Gentechnik eingesetzt. Wenn sie ihre Glaubwürdigkeit behalten will, kann sie jetzt nicht auf einmal zur Gegengenerin mutieren. Darum spricht sie heute von einer "klaren Einzelfallentscheidung" beim Mais. Bloß: Wenn sie jetzt auch noch die Kartoffel verbietet, wird aus zwei Einzelfällen schnell eine politische Linie.

Und genau das will die CSU von ihr, zumindest Parteichef Horst Seehofer und Umweltminister Markus Söder, Aigners Kumpel aus Junge-Union-Zeiten. Beide zusammen sind Aigners größtes Problem. Gentechnik ist bei Bayerns Landbevölkerung unbeliebt, da lassen sich vielleicht ein paar Stimmen holen. Doch um die CSU als Anti-Gentechnik-Partei zu etablieren, so das Münchner Kalkül, muss auch die Amflora verboten

werden, sonst erscheine man inkonsequent. Selbst der Berliner CSU-Landesgruppe geht der Antikurs aus München zu weit. "Die Kartoffel ist anders gelagert als der Mais", heißt es dort, "da geht es um Forschung." Man wolle jetzt versuchen, mäßigend auf Seehofer und Söder einzuwirken.

So ergibt sich eine eigentümliche Konstellation: eine gespaltene CSU mit einer Agrarministerin, die sich nicht festlegen kann; eine Unionsfraktion, die sich klar für die grüne Gentechnik ausspricht; ein Koalitionspartner SPD ("So kann man nicht arbeiten"), der Aigner per Koalitionsbeschluss unterstützen will, um so die Union vorzuführen. Und eine grüne Oppositionschefin Renate Künast, die erst Aigner lobt und dann fragt: "Was ist denn die Position der Koalition? Schavan oder Aigner?"

Forschungsministerin Annette Schavan ist genauso wenig anwesend wie Kanzlerin Angela Merkel, die andere prominente Gentechnikbefürworterin in der CDU.

Beide eröffnen wenig später im Hauptbahnhof einen Ausstellungszug, der Schüler in ganz Deutschland für Wissenschaft begeistern soll. In Waggon acht geht es um die Frage, wie man neun Milliarden Menschen in Zukunft ernähren soll. Die "grüne Biotechnologie" verspreche Auswege, heißt es dort. Am 23. Juni wird der Zug in München erwartet.